

## **Brasilianische Kleinbauern kämpfen um ihr Land**

In Brasilien besitzen etwa 10 % der Bevölkerung rund 80 % des Landes. Die Stimmen, die eine gerechtere Landverteilung und damit die Durchführung einer Agrarreform fordern werden lauter. Ein positives Beispiel aus dem brasilianischen Bundesstaat Pernambuco:

1997 hatten rund 300 Familien landloser Bauern das Gebiet von fünf ehemaligen Zuckermühlen (Prado, Taquara, Tocos, Papicu und Dependência) im Ausmaß von rund 2500 Hektar besetzt. Gemäß der brasilianischen Verfassung können Grundstücke, die ihre soziale Funktion nicht erfüllen, weil sie z.B. brachliegen, zu Zwecken der Agrarreform enteignet werden. Vor dem Hintergrund von 4-5 Millionen landloser Familien und rund 54 Millionen Armen in Brasilien haben die bisherigen Regierungen allerdings nur sehr zögerlich von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Im Falle des Engenho Prado erfolgten indes sogar zwei Enteignungen. Die zweite Enteignung, geschehen am 25. November 2003, war notwendig geworden, weil die Frist für die Durchführung der ersten ergebnislos verstrichen war.

Bis zuletzt hatte die Eigentümergruppe des Grundstücks, die Unternehmensgruppe João Santos, alle legalen und illegalen Mittel ausgeschöpft, um die Enteignung zu verhindern. Den traurigen Höhepunkt bildete das Jahr 2003, in der die Familien durch Einheiten der Militärpolizei zweimal gewaltsam von den Grundstücken vertrieben wurden. Häuser, Schulen, Kirchen, Felder und beinahe die gesamte Habe wurden dabei zerstört. Seit der zweiten Vertreibung im November 2003 lebten die Landlosen in prekärsten Verhältnissen auf dem Randstreifen einer nahe gelegenen Landstraße, gezeichnet von Armut und Hunger. Doch selbst die zahlreichen Einschüchterungsversuche von Seiten der Eigentümer konnten die zuletzt 220 Familien nicht davon abbringen, aufgrund der eindeutigen Faktenlage auf das Gerechtigkeitsempfinden der Richter und Richterinnen zu hoffen.

Unzählige Male wurde die Verhandlung vor dem STF verschoben, nicht zuletzt aufgrund der Verzögerungs- und Verschleierungstaktik der Grupo João Santos. Erst am vergangenen Mittwoch erfolgte schließlich das lange erwartete und erhoffte Urteil: Die Enteignung von drei der fünf beanspruchten Grundstücke (Taquara, Tocos, Papicu) im Ausmaß von rund 1500 Hektar wurde bestätigt; auch die beiden anderen könnten bald nachfolgen. Luísa Cavalcanti, eine der Anführerinnen der landlosen Familien, die sich seit Mittwoch im festlichen Ausnahmezustand befinden, lässt die letzten acht Jahre Revüe passieren: "Anfangs waren wir 300 Familien. Der Kampf war sehr hart. Viele haben ihn aufgegeben. Heute sind wir noch 220 Familien. Noch leben wir am Straßenrand, aber wir haben es gelernt zu warten. Der Sieg ist nicht komplett, aber heute sind wir sehr glücklich." Innerhalb der nächsten zwei Monate sollen nun die Bedingungen dafür geschaffen werden, dass die Familien endlich angesiedelt werden und die zwischenzeitlich so erfolgreiche Nahrungsmittelproduktion wieder aufnehmen können.

Die Menschenrechtsorganisation FIAN hatte sich Mitte 2003 des Falles angenommen und in zahlreichen Protestbriefen und Petitionen an Regierungsvertreter und Justiz versucht, den Kampf der Familien international zu unterstützen. Dabei arbeitete FIAN eng mit der brasilianischen Landpastorale CPT zusammen. Im Juni 2004 besuchte eine internationale Delegation von FIAN und La Vía Campesina das Engenho Prado und nahm u.a. gegenüber der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen zu dem Fall Stellung.

Am 30.6.2005, beendete das Oberste Brasilianische Bundesgericht (STF) die Leidensgeschichte von 220 landlosen Familien. Der Fall des Engenho Prado im nordöstlichen Bundesstaat Pernambuco besitzt Symbolcharakter für die Schwierigkeiten auf dem Weg zur Umsetzung einer Agrarreform in Brasilien. Die Richter und Richterinnen bekräftigten in ihrem Urteil die Enteignung von drei Grundstücken, die bereits am 25. November 2003 per Präsidialdekret erfolgt war. Der Einspruch der Eigentümergruppe gegen die Enteignung wurde abgelehnt. Die Mitarbeiter/-innen von FIAN zeigen sich erleichtert, dass die brasilianische Justiz in diesem Fall ihrer Verantwortung gerecht geworden ist. Generell bleibt zu wünschen, dass Politik und Justiz in Brasilien sich der Agrarreform verantwortungsbewusster und engagierter annehmen.

(Artikel von FIAN Berlin)